



Freitag, 26. März 1976

Blatt 581

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

<u>Kommunal:</u> (rosa)	Wiener Gemeinderat Schon 1.500 Besucher in der Verkehrsausstellung im Rathaus Meidling: Neuer Bezirksvorsteher angelobt
<u>Lokal:</u> (orange)	Budapest-Ausstellung im Wiener Rathaus Grippewelle klingt ab, Höhepunkt erreicht
<u>Kultur:</u> (gelb)	Clemens Holzmeister zum 90. Geburtstag Nestroy-Ring, Nestroy-Woche und Nestroy-Gesamt- ausgabe

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

L o k a l :

=====

budapestausstellung im wiener rathaus

1 wien, 26.3. (rk) von 2. bis 19. april koennen sich die wiener in einer ausstellung in der volkshalle des wiener rathauses, die unter dem motto "budapest 1945 - 1975" steht, ueber die staedtebauliche, wirtschaftliche und kulturelle entwicklung der ungarischen metropole seit dem zweiten weltkrieg informieren. die ausstellung wird am 2. april, um 11 uhr, vom praesidenten des rates der hauptstadt budapest, zoltan s z e p v o e l g y i , eroeffnet werden.

die ausstellung im rathaus ist auch der anlass fuer den wienbesuch des budapester buergermeisters, auf dessen besuchsprogramm ausserdem ein empfang bei buergermeister leopold g r a t z , stadtrundfahrten und die besichtigung kommunaler einrichtungen stehen. die ausstellung selbst wird bis 19. april taeglich - auch an samstagen und sonntagen - bei freiem eintritt von 10 bis 18 uhr zu sehen sein. (may)

0942

L o k a l :

=====

grippewelle klingt ab, hoehepunkt erreicht

3 wien, 26.3. (rk) der hoehepunkt der diesjaehrigen grippewelle scheint bereits ueberschritten zu sein: wie das gesundheitsamt der stadt wien mitteilt, betrug die zahl der neuerkrankungen in der ersten haelfte dieser woche (montag bis mittwoch) 27.000, wobei der hoehepunkt auf den montag mit 10.600 erkrankungen fiel. im vergleich dazu: in der vorwoche waren es von montag bis mittwoch insgesamt 28.900, wobei fuer montag 11.000 erkrankungen gemeldet wurden. insgesamt betrug die zahl der in der vorwoche am virus a 2-viktoria 75 erkrankten wienerinnen und wiener 44.300. nach meinung der gesundheitsbehoerden ist damit - und mit der nunmehr einsetzenden waermeren witterung - aller wahrscheinlichkeit nach bereits der gipfel der epidemie erreicht.

auch in den schulen ist der prozentsatz der fehlenden schueler von 16 prozent auf 14 prozent zurueckgegangen. in den betriebe traegt der anteil der im krankenstand befindlichen gegenwaertig 10,4 prozent. (zi)

1029

k u l t u r :

=====

clemens holzmeister zum 90. geburtstag

wien, 26.3. (rk) am samstag, dem 27. maerz, vollendet der international anerkannte architekt prof. clemens h o l z - m e i s t e r das 90. lebensjahr. aus fulpmes in tirol gebuertig, wurde clemens holzmeister nach absolvierung der mittelschule an der technischen hochschule in wien schueler der professoren ferstel, simony und koenig. 1914 bis 1919 assistent an der hochschule, erlangte holzmeister mit seiner doktorarbeit ''das zisterzienserstift stams, erforschung seiner romanischen urform'' den doktorgrad der technischen wissenschaften. nach einer lehrttaetigkeit an der staatsgewerbeschule in innsbruck war holzmeister bis 1938 leiter der meisterschule fuer architektur an der akademie der bildenden kuenste in wien und von 1933 bis 1937 auch der rektor dieser anstalt. parallel dazu leitete er an der kunstakademie in duessel-dorf eine meisterschule fuer architektur. 1938 zwangspensioniert, verbrachte er den zweiten weltkrieg und die ersten jahre danach als professor an der technischen hochschule in istanbul. 1954 kehrte er nach oesterreich zurueck und wurde nun noch einmal an die akademie berufen, deren rektor er von 1955 bis 1957 neuerlich wurde.

zahlreiche bauwerke in oesterreich und im ausland geben zeugnis von der bedeutung des architekten holzmeister. erwaehnt seien hier nur das krematorium in wien, das funkhaus in der argentinierstrasse und die mauerer pfarrkirche sowie sein umbau des alten und neubau des neuen festspielhauses in salzburg und der felsentreitschule. aus seinen tuerkischen jahren blieben als steinerne zeugen mehrere regierungsgebaeude in ankara zurueck. aber auch die beruehmte kathedrale von belo horizonte in brasilien beweist seinen internationalen ruf.

dieses lebenswerk wurde im in- und ausland auch durch zahlreiche auszeichnungen und ehrungen anerkannt. hier seien nur die wuerdigungspreise fuer architektur und der ehrenring der stadt wien,

26. maez 1976

''rathaus-korrespondenz''

blatt 585

der grosse oesterreichische staatspreis, das ehrenzeichen fuer wissenschaft und kunst sowie die ehrendokorate der technischen hochschulen wien, graz und istanbul genannt. bei der vollendung des 85. lebensjahres vor fuef jahren erhielt der jubilar eine der hoechsten auszeichnungen, die die stadt wien zu vergeben hat, und wurde zum buerger der stadt wien ernannt. (may)

++++

k u l t u r :

=====

nestroy-ring, nestroy-woche und nestroy-gesamtausgabe

2 wien, 26.3. (rk) eine reihe von aktivitaeten startet die stadt wien aus anlass des 175.geburtstages von johann n e s t r o y. donnerstag abend stellte vizebuergemeisterin gertrude f r o e h - l i c h - s a n d n e r diese geplanten aktivitaeten der oeffentlichkeit vor. ganz im zeichen von nestroy wird die woche vom 5. bis 9. april im literarischen quartier der alten schmiede stehen. in dieser zeit sollen junge autoren mit ihren nestroy-paraphrasen, bearbeitungen etc. zu wort kommen. peter h e n i s c h ' antiposse mit gesang ''lumpazimoribundus'', paul s c h m i d t s theaterstueck ''buenos noches piaster'' und heinz rudolf u n g e r s ''brueckenkoepfe'' werden von ihren autoren gelesen werden. aus der ddr kommt rolf s c h n e i d e r mit seiner nestroy-bearbeitung ''der alte mann mit der jungen frau''. auch der vom kulturamt der stadt wien in auftrag gegebene nestroy-film wird zur urauffuehrung gelangen. die lesungen in der alten schmiede beginnen jeweils um 18 uhr.

eine reihe von nestroy-editionen stehen, wie vizebuergemeister froehlich-sandner betonte, ebenfalls auf dem jubilaeuumsprogramm. das kulturamt der stadt wien wird eine gesamtausgabe der nestroy-werke in 15 baenden foerdern, die der verlag jugend und volk herausgibt. diese gesamtausgabe wird nicht nur nestroy-texte, sondern auch bisher nicht veroeffentlichte briefe nestroys und dokumente zu seinem leben umfassen. ausserdem ist ein eigener ikonographieband geplant. die universaledition plant im rahmen ihrer serie ''collection alt wien'', die ausschliesslich reprints von wiener notendruckern aus dem 19. jahrhundert enthalten wird, fuer heuer vier hefte mit theatergesaengen aus stuecken nestroys und nestroy-couplets, fuer die die wiener stadtbibliothek die notenautographe zur verfuegung stellen wird. diese publikation soll vor allem stuecke umfassen, die bisher nur in handschriften vorlagen.

wie vizebuergemeisterin gertrude froehlich-sandner ankuendigte, wird die stadt wien ab heuer jaehrlich an personen, die sich um die

satirisch-kritische darstellung wiens und seiner bevoelkerung bemuehen, einen nestroy-ring vergeben. dieser ring wird sich nicht nur dadurch, dass er an die kritiker wiens vergeben wird, von anderen auszeichnungen unterscheiden: fuer seine gestaltung wird an der metallklasse prof. hagenauer an der hochschule fuer angewandte kunst ein wettbewerb ausgeschrieben.

das nestroy-jubilaeum hat auch ueberlegungen wachgerufen, das derzeit vor dem reinhardtseminar stehende nestroy-denkmal zu verlegen. hier existieren zwei konkurrierende vorschlaege, ueber die noch diskutiert wird. waehrend der praesident der nestroy-gesellschaft und volkstheaterdirektor gustav manker das nestroy-denkmal gerne im bannkreis seines theaters aufstellen wuerde, favorisieren die wiener denkmalpfleger den nestroy-platz, wo das denkmal auch bis zum jahr 1950 stand. (may)

Kommunal:

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 26.3. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz trat Freitag der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Es lagen fünf Anfragen der FPÖ und zwei Anfragen der ÖVP vor. Weiters lagen ein SPÖ-Antrag, betreffend Schaffung eines Pannendienstes für Haushaltsgebrechen, ein Antrag der ÖVP, betreffend den Erwerb eines Grundstückes im 22. Bezirk, Breitenlee, zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels, ein Antrag der FPÖ, betreffend Maßnahmen zur unschädlichen Beseitigung von Altöl sowie ein Antrag der Bezirksvertretung des 9. Bezirkes, betreffend die Verlegung der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge in der Severingasse, vor. Die Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen, der Antrag der Bezirksvertretung dem Bürgermeister zugewiesen.

Säuglingspaket auch für Adoptiveltern

Als erste Debattenrednerin nahm GR. Johanna Dohnal (SPÖ) zu dem Antrag, auch Adoptiveltern den Anspruch auf Säuglingsausstattung beziehungsweise Ausstattung für Kleinkinder einzuräumen, Stellung. Den Antrag referierte GR. Hanke (SPÖ). Dohnal bezeichnete diese Maßnahme als einen weiteren Schritt, Adoptiveltern den leiblichen Eltern gleichzustellen. Ein nächster Schritt - und als Forderung der sozialistischen Frauen bereits deponiert - wäre die Gewährung des Karenzurlaubes und -urlaubsgeldes auch für Adoptivmütter. Weiter verlangte Dohnal, daß Adoptivkinder Personaldokumente erhalten sollen, aus denen der Umstand ihrer Adoption nicht hervorgehe, um so den Adoptiveltern die Möglichkeit einzuräumen, den Zeitpunkt der Aufklärung der Kinder über die Adoption selbst zu bestimmen.

Die Gleichstellung der Adoptiveltern mit den leiblichen Eltern sei auch als flankierende Maßnahme zur Fristenlösung zu sehen. Dohnal bestritt den angeblichen Einfluß der Fristenlösung auf den Rückgang der Geburtenrate. Dieser Rückgang sei vor Einführung der Fristenlösung in manchen Jahren sogar größer gewesen. (ger)

Sachkrediterhöhung

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) referierte über die Erhöhung des Sachkredits für die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage 14, Macusgasse-Prochstraße-Rottstraße-Felbingergasse von 56,7 Millionen auf 90,77 Millionen.

GR. Josef Hoffmann (ÖVP) stellte fest, daß es sich um eine exorbitante Erhöhung - um 60 Prozent - handle und untersuchte die Gründe für diese Erscheinung. Der Baubeschluß reicht bis 1971 zurück, die Erhöhung sei durch die inflationäre Entwicklung auf dem Bausektor, bei den Lohn- und Materialkosten, eingetreten. Der Redner bezeichnete die Inflation als zum Teil hausgemacht durch die verfehlte Politik der Bundesregierung. Finanzminister Dr. Androsch habe zwar erklärt, daß bei einer explodierenden Wirtschaftsentwicklung gebremst und später wieder Gas gegeben werden müsse, doch er selbst habe sich nicht daran gehalten.

Auch im Hinblick auf die Haushaltsordnung stelle die verspätete Beantragung der Sachkrediterhöhung einen Verstoß dar. Die Erhöhung dürfe nicht verspätet, sondern müsse nach Erkenntnis ihrer Notwendigkeit beantragt werden, um die Wahrheit der Budgetierung nicht zu gefährden.

GR. Dinhof (SPÖ) deponierte, daß der Sachkrediterhöhungsantrag auch im Finanzausschuß in ganzer Länge auf den Tisch gelegt worden sei. Obwohl an der Richtigkeit der Ziffern nicht gezweifelt werden könne, seien laufende Sachkrediterhöhungen einem einzigen, verspäteten Erhöhungsantrag vorzuziehen.

Vizebürgermeister Pfoch (SPÖ) nahm anschließend zum Preisauflauf auf dem Bausektor Stellung. Von 1971 bis 1973 seien Steigerungen bis über 25 Prozent eingetreten, innerhalb der letzten fünf Jahre habe es Kostensteigerungen bis 115 Prozent gegeben. Die Regierung habe sehr wohl auf diese ungesunde Entwicklung reagiert, und zwar durch Kreditrestriktionen, was zu einer Beruhigung der Preisauflaufstendenzen auf dem Bausektor führte.

Pfoch sprach sich gleichfalls gegen verspätete Sachkrediterhöhungen aus und gab bekannt, daß entsprechende Weisungen an die Abteilungen ergangen seien. Danach müßten die Anträge revidiert und neu vorgelegt werden, wenn ein Projekt mit Verspätung zu bauen begonnen wird und deshalb Sachkrediterhöhungen erforderlich würden. Außerdem wurden die Abteilungen verpflichtet, sofort zu reagieren, sobald sich eine Erhöhung des Sachkreditrahmens um mehr als 5 Prozent abzeichnet.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (we)

Neue Flächenwidmung

GR. Bednar (SPÖ) referierte den Antrag, den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Neubaugürtel, Westbahnstraße, Neubaugasse, Siebensterngasse, Stiftgasse und Mariahilfer Straße in Wien-Neubau neu festzusetzen und für einen Teil dieses Gebietes Schutzzonen zu erlassen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellte fest, daß dieser Antrag aus dem üblichen Rahmen fällt, weil er gegen den Willen der Bezirksvertretung beschlossen werden soll. Die Bezirksvertretung wünscht dringend einen Park und dies wird im Antrag nicht berücksichtigt. Für die Erfüllung der berechtigten Forderung gäbe es zwei Möglichkeiten: eine kleine Lösung, nämlich die Errichtung einer Grünfläche anstelle der alten Markthalle; eine größere, bessere Lösung wäre jedoch ein Grünanlage auf den sogenannten Böhmgründen zwischen Linden-, Ziegler-, Seiden- und Schottenfeldgasse. Das würde sicher erhebliche finanzielle Mittel erfordern. Aber es wäre eine Wiedergutmachung an den Bezirk für früher genommene Grünflächen. Hirnschall brachte den Antrag ein, in die Planänderung eine EPK-Widmung (Erholungsgebiet, Park) aufzunehmen.

GR. Dr. Macher (ÖVP) bezeichnete den hartnäckigen Widerstand der Stadtverwaltung gegen eine Grünfläche als überraschend, da erst eine jüngste Untersuchung ergeben hat, daß zwischen Beliebtheit einer Wohngegend und der Versorgung mit Grünflächen ein enger Zusammenhang besteht. Im 7. Bezirk kommen nur 0,8 Quadratmeter Grün pro Kopf der Bevölkerung. Eine Parkanlage auf den 5.500 Quadratmeter großen Böhmgründen wäre daher von größter Bedeutung. Die vorgesehene Verbauung versperrt jedoch diese Möglichkeit für hundert Jahre. Die Bezirksvertretung hat bisher alles getan, um auf eine solche Fehlplanung hinzuweisen. Die Verbauung der Böhmgründe mit Wohnhäusern der Bauklasse VI mit 240 Wohnungen würde als Verkehrserreger die Verhältnisse weiter verschlechtern. GR. Macher warf der Stadtverwaltung vor, daß sie die Bedürfnisse der Bevölkerung auf mehr Grün in den innerstädtischen Bereichen nicht berücksichtigt. Er verlangte den Ankauf der Böhmgründe durch die Stadt Wien. Das müßte zu einem gemeinnützigen Preis denkbar sein. (smo)

Die Bevölkerungsabwanderung aus Wien-Neubau muß gestoppt werden, erklärte GR. Brosch (SPÖ). Eine Verringerung der Wohnbevölkerung hätte auch Auswirkungen auf Gewerbe und Handel. Dies wäre gerade für diesen Geschäftsbezirk bedauerlich. Die Grünflächen allein machen die Lebensqualität nicht aus. Dazu gehören sicherlich auch gute Wohn-

möglichkeiten und eine möglichst gemischte Bevölkerungsstruktur. Die von der ÖVP kritisierte Verbauung in einem Teil des Plangebietes bringt sicherlich keine neue Zinskaserne, sondern eine aufgelockerte Verbauung, erklärte Brosch abschließend.

GR. Bednar (SPÖ) bezeichnete im Schlußwort den vorliegenden Plan als günstige Lösung zwischen Altstadterhaltung und Bezirks-erneuerung.

Abstimmung: Der FPÖ-Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, der Flächenwirdmungs- und Bebauungsplan mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (sei)

Renovierung des Helfort-Platzes

GR. Wiesinger (SPÖ) referierte über den Umbau des Sportplatzes im 16. Bezirk mit Kosten von elf Millionen Schilling.

GR. Ludwig (SPÖ) erklärte, die Stadt Wien beabsichtige, den derzeit in einem schlechten Zustand befindlichen Helfort-Platz zu einer modernen und vorbildlichen Sportanlage auszubauen. Durch die Verkleinerung und Modernisierung des Zuschauerraumes wird es außerdem möglich, einen Betrieb aus einem dicht verbauten Gebiet auf dem dadurch gewonnenen Gelände anzulegen. Ludwig unterstrich die Sportbegeisterung der Jugend, 21 Prozent der 14- bis 24jährigen seien Mitglied eines Sportvereins. In der Beliebtheitsskala stehe Fußball an der Spitze. Dieser sportbegeisterten Jugend werde nunmehr ein weiterer moderner Sportplatz zur Verfügung gestellt. Ludwig begrüßte daher die im Zusammenhang mit dem Umbau des Helfort-Platzes notwendige Überschreitung des Sportbudgets.

GR. Arthold (ÖVP) erklärte, daß seine Fraktion dem Ausbau des Helfort-Platzes zwar selbstverständlich zustimme, kritisierte aber, daß nach der Renovierung des Auto-Platzes nun ein zweiter Sportplatz in unmittelbarer Nachbarschaft saniert werde, während in anderen Teilen Wiens kein Ersatz für abgesiedelte Sportanlagen geschaffen werde. Arthold kritisierte, daß im Finanz- und Investitionsplan bis zum Jahr 1980 zuwenig Mittel für die Renovierung von Sportplätzen vorgesehen seien. Er forderte für die Sportplatzsanie- rung in Wien einen Zeit- und Finanzplan und kritisierte das Fehlen eines Gesamtkonzeptes, obwohl ein solches schon vor zwei Jahren versprochen worden sei.

GR. Wiesinger (SPÖ) erklärte im Schlußwort, daß der Helfort-Platz deshalb jetzt renoviert werde, weil dies durch eine Grundtransaktion aktuell geworden sei. Eine Entscheidung über das Schicksal des Platzes mußte gefällt werden, deshalb habe man sich zum Ausbau entschlossen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (ger)

Verein "URBANICOM"

GR. Pelzelmayr (ÖVP) beantragte, daß die Stadt Wien dem zu gründenden Verein "URBANICOM-Österreich" mit einem Mitgliedsbeitrag von 5.000 S für das Jahr 1976 als förderndes Mitglied beitreten möge. Aufgabe des Vereins ist es, Forderungen der Wirtschaft und der Raumplanung in Einklang zu bringen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) gab zu bedenken, daß es sich um eine unnötige Vereinsmeierei handle. In Wien gebe es bereits ein Institut für Raumplanung, ein Institut für Stadtforschung sowie ein Kommunalpolitisches Dokumentationszentrum. Es solle daher hinsichtlich des Beitritts zu "URBANICOM-Österreich" ein strengerer Maßstab angelegt werden.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP.

Neuer Strompreis

Zum letzten Punkt der Tagesordnung referierte Stadtwerke-Stadtrat Nekula (SPÖ) über den neuen Tarif für die Abnehmer elektrischer Energie. Dieser Tarif sieht eine Erhöhung um 8 Groschen für die Tarifarbeitspreise des Haushalts-, Gewerbe- und Landwirtschaftstarifes sowie für die Arbeitspreise der Haushaltssondervereinbarungen vor, ferner eine Erhöhung um zehn Prozent für alle übrigen Tarifarbeitspreise.

Stadtrat Nekula verwies auf die Preissteigerung bei Heizöl und auf die Erhöhung der Erdgaspreise sowie der sonstigen Materialpreise und Löhne. Auf Grund des vom Tarifausschuß des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs ausgearbeiteten Kalkulationsschemas haben die Wiener E-Werke eine Kosten- und Ertragsanalyse der Jahre 1973 bis 1977 vorgenommen. Diese Berechnungen, auf betriebswirtschaftlicher Basis vorgenommen, sind der Nachweis dafür, daß eine angemessene Erhöhung der Strompreise unbedingt notwendig sei. Es wurde daher am 17. November 1975 an das Handels-

ministerium als Preisbehörde ein Antrag auf Erhöhung der Wiener Strompreise um 28,97 Prozent eingebracht.

Weiter wurde beantragt, zum 1. März 1976 vorerst zumindest eine Erhöhung um 8 Groschen auf die Tarifarbeitspreise für Haushalt, Gewerbe, Landwirtschaft sowie bei der Haushalt-Sondervereinbarung und 10 Prozent auf alle anderen Preisansätze zuzugestehen. Dieser Zwischenerledigung hat das Ministerium mit Bescheid vom 26. Februar 1976 positiv entsprochen.

Die Mehreinnahmen der Wiener E-Werke durch die Preiserhöhung würden für das laufende Jahr 383 Millionen betragen. Da die Erhöhung mit 1. März in Kraft tritt, werden es für 1976 nur 309 Millionen Schilling sein. Abzüglich 59 Millionen für Stromlieferungen der Verbundgesellschaft verbleibt ein Nettobetrag von 249,1 Millionen Schilling, der dazu verwendet werden soll, Investitionssperren aufzuheben.

Die Frage, ob der Ausbau der Wiener E-Werke weitergeführt werden solle, obwohl infolge der letzten zwei milden Winter die Wirtschaftsplanzahlen nicht voll erreicht wurden, beantwortete Stadtrat Nekula mit ja. Während des heurigen, wieder normalen Winters, konnten die E-Werke nicht nur alle Bedarfswünsche erfüllen, sondern darüber hinaus auch noch Strom an den Verbund abgeben. Im Kraftwerk Simmering werde ein neuer Block gebaut, der auch eine Wärmekraftkupplung enthalten soll. Außerdem sei es notwendig, die Spannungsebene auf 380 KV zu erhöhen, und zwar nicht als Freileitung, sondern in Erdkabeln.

Dkfm. Bauer (FPÖ) bezeichnete die beantragte Strompreiserhöhung als ein nur kleines Steinchen im Mosaik der sozialistischen Tarif- und Steuererhöhung. Zum viertenmal innerhalb von vier Monaten sei es zu Gebührenerhöhungen gekommen, zweimal davon mit Zustimmung der ÖVP. Den Anfang machten die Wassergebühren, im Dezember 1975 folgte die Müllabfuhr, mit 1. Jänner 1976 wurde der Gaspreis und nun mit 1. März der Strompreis erhöht.

Im Gespräch seien die Erhöhung der Kanalgebühren und des Bädertarifs, und vermutlich werde der Straßenbahnfahrschein bald zehn Schilling kosten.

Diese Politik sei zutiefst unsozial, weil die Preise in die Bereiche der Grundversorgung und der Entsorgung hineinspielen - Bereiche, in denen man nicht sparen könne. Es handle sich um die dritte Strompreiserhöhung innerhalb von zwei Jahren, die nächste Erhöhung sei für 1. Jänner 1977 vorgesehen. Als merkwürdig bezeichnete es der Redner, daß ausgerechnet in Wahljahren keine Tarifierhöhungen notwendig seien.

Abschließend forderte Bauer den Stadtrat auf, zu überprüfen, ob die oft zitierte Faustregel, daß sich alle acht bis zehn Jahre der Strompreis verdopple, richtig sei. Seine Fraktion sei jedenfalls nicht in der Lage, der beantragten Erhöhung zuzustimmen. (we)

Als betriebswirtschaftlich berechtigt, als volkswirtschaftlich notwendig und als energiepolitisch unabdingbar bezeichnete GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) die Tarifierhöhung. Er führte mehrere Gründe an: etwa den Minderverbrauch, der zu Mindereinnahmen geführt hat, während gleichzeitig die Investitionstätigkeit der E-Wirtschaft nicht unterbrochen werden kann; die Kostensteigerungen, die zum Teil unvermeidlich sind, wie etwa durch das Steigen der Ölpreise; Umweltschutzmaßnahmen, die Investitionen verteuern. Gründe für die Tarifierhöhungen sind aber auch - so Ammann -, daß die E-Wirtschaft noch immer als Melkkuh betrachtet und für die Finanzierung des Nahverkehrs oder für Flußausbauten herangezogen wird. Wenn die ÖVP der Tarifierhöhung - weil notwendig - zustimme, so lehne sie gleichzeitig verschiedene Begleitumstände und gewisse Methoden des Handelsministers ab, die dazu führen, daß die Fristen zur Durchführung der Erhöhung nicht eingehalten werden können und daher heute der Gemeinderat einen rückwirkenden Beschluß fassen muß. Abschließend verlangte der Redner den Abbau betriebsfremder Lasten.

GR. Sevcik (SPÖ) konzidierte, daß die Tarifierhöhung nicht populär sei. Die Ursachen sind die gestiegenen Kosten für Material und Personal sowie die höheren Preise für die Primärenergie, die

Wien mit seinem überwiegenden Anteil an kalorischer Stromerzeugung besonders treffen. Die Investitionstätigkeit kann nicht unterbrochen werden, da zur Garantie der Versorgungssicherheit auf Jahre hinaus zu planen ist. Gerade der heurige Winter hat die Notwendigkeit bewiesen, Spitzenleistungen zu sichern. Die Mehreinnahmen werden zum überwiegenden Teil dazu dienen, Investitionssperren aufzuheben. Das Ausbauprogramm kann weitergeführt werden, tausende Arbeitsplätze werden gesichert, die Lebensqualität durch die Energiesicherung verbessert.

In einer zweiten Wortmeldung warf GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) der ÖVP Unglaubwürdigkeit vor, weil sie nun der Strompreiserhöhung zustimmt, jedoch in Zeitungsinseraten einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken versucht. Das veranlaßte GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) zur Replik, daß die ÖVP sehr wohl die Verantwortung für die Tarifierhöhung auf sich nimmt, wenn es um die Herstellung der Versorgungssicherheit geht. Durch konstruktive Verhandlungen und konstruktive Kritik habe die ÖVP Tarifierhöhungen in Grenzen halten können.

Stadtrat Nekula (SPÖ) nahm in seinem Schlußwort zu einigen grundsätzlichen Fragen Stellung. Mit der Errichtung des neuen Kraftwerkblocks wird nicht nur die Stromerzeugung gesichert, sondern mittels einer Kraft-Wärme-Kupplung die Versorgung mit Fernwärme erweitert. Zu den bereits 260.000 Wiener Wohnungen, die bereits mit einer umweltfreundlichen Heizung versorgt sind, werden weitere kommen können. Wenn die Kosten für Primärenergie für Wien gestiegen sind, tragen dafür ausschließlich die "Multis" die Verantwortung. Wien ist gezwungen, die Preise zu bezahlen, um die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten. Was das Argument betrifft, die Tarifierhöhung schöpfe Kaufkraft ab, so stimmt das nicht: Die Gelder fließen nicht in eine Staatskasse, sondern dienen den Investitionen, die wiederum Arbeitsplätze sichern. Das entspricht durchaus den antizyklischen Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Ein Beweis für die Richtigkeit der Investitionspolitik ist, daß vor kurzem erstmals in Wien die 1.000-Megawatt-Grenze überschritten wurde, ohne daß ein Engpaß auftrat.

Abstimmung: Von ÖVP und SPÖ angenommen. (smo)

(Ende des Sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

schon 1500 besucher in der verkehrsausstellung im rathaus

5 wien, 26.3. (rk) eine monatsnetzkarte der wiener verkehrsbetriebe ueberreichte freitag stadtwerkstadtrat franz n e k u l a dem 1500. besucher der verkehrsausstellung in der schmidthalle des rathauses: frau anneliese e c k e r aus dem 15. bezirk. die ausstellung, auf deren 3000. besucher eine weitere monatsnetzkarte wartet, ist noch bis mitte april geoeffnet. jeder 100. besucher erhaelt eine wochennetzkarte.

montag bis freitag in der zeit von 7.30 bis 18 uhr koennen sich besucher an hand von fotos, plaenen und einer multivisionsschau der wiener verkehrsbetriebe ueber aktuelle und historische aspekte des verkehrs in der bundeshauptstadt informieren. im mittelpunkt stehen aktuelle fragen der verkehrsplanung und verkehrsorganisation, der u-bahn-bau, der ausbau des strassennetzes sowie vor allem der oeffentliche verkehr. (ger)

1213

k o m m u n a l :

=====

meidling: neuer bezirksvorsteher angelobt

12 wien, 26.3. (rk) meidling hat einen neuen bezirksvorsteher: freitag nachmittag wurde ing. kurt n e i g e r von der bezirksvertretung zum neuen vorsteher gewaehlt und von stadtrat kurt h e l l e r in vertretung des buergermeisters angelobt. wilhelm h r a d i l , der 17 jahre lang vorsteher des 12. bezirks war, hatte sein amt aus gesundheitsgruenden zurueckgelegt.

die weiterfuehrung und intensivierung der wohnbautaetigkeit im bezirk bezeichnete ing. neiger - er war vorher im buero stadtrat ing. hofmann taetig - in seiner rede als wichtigste aufgabe seiner bezirksbezogenen schwerpunktspolitik. dazu zaehlt nicht nur der bau moderner wohnungen wie die anlage "am schoepfwerk", sondern auch die erneuerung alter wohnbereiche - in den altbaubereichen meidlings stammen 18.000 wohnungen aus der zeit vor 1918 -, wobei man den modellfall ottakring auch auf den 12. bezirk anwenden koennte.

umorganisation des verkehrsgeschehens nannte der neue bezirksvorsteher ebenfalls als eine seiner aufgaben. der durchzugsverkehr soll im randbereich des bezirks gebuendelt, die massenverkehrsmittel sollen verstaerkt ausgebaut werden. an den plaenen fuer den bau einer neuen strassenbahntrasse ueber die philadelphiabruecke zum schoepfwerk und weiter nach sueden wird bereits gearbeitet. diese trasse ist so geplant, dass sie auch fuer einen spaeteren u-bahn-ausbau verwendet werden kann.

zu seinen weiteren vordringlichen aufgaben zaehlte neiger u.a. eine wirksame gruenflaechenpolitik und, sollte der spuerbare mangel an praktischen aerzten auch in meidling nicht bald behoben werden koennen, den einsatz von mobilen krankenschwestern. (hs)

(forts)

1455

heller: informationsrecht fuer die bezirke

auf die geplante reform der stadtverfassung wies stadtrat kurt h e l l e r in seiner ansprache hin: die aufgaben der bezirksvertretungen werden haeufig unterschaezt, obwohl sie von grosser bedeutung fuer die kommunalpolitik sind. bereits seit der ersten stadtverfassung, seit 1850, gebe es in wien eine bezirkseinteilung und damit eine dezentralisation der verwaltung. mit der neuen stadtverfassung sei man bemueht, dezentralisation und information zu verstaerken. gerade heute, wo der einzelne so stark von der gemeinschaft abhaengig ist, benoetige man eine grosse entscheidungsgrundlage. dafuer sei jedoch auch umfassende information notwendig. in der neuen stadtverfassung wolle man daher einrichtungen der direkten demokratie - volksbegehren, volksbefragungen, buergerinitiativen, fragestunde im gemeinderat und im landtag sowie, mit einer weiteren delegierung einzelner aufgaben an die bezirke, informationsrecht und anhoerungsrecht der bezirksvertretungen - einbauen. (schluss) (hs)

1540